

Stadtentwicklungspolitik in Hamburg

Dangschat, Jens S.

Veröffentlichungsversion / Published Version

Sammelwerksbeitrag / collection article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Dangschat, J. S. (1987). Stadtentwicklungspolitik in Hamburg. In J. Friedrichs (Hrsg.), 23. Deutscher Soziologentag 1986: Sektions- und Ad-hoc-Gruppen (S. 401-404). Opladen: Westdt. Verl. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:ssoar-150754>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Stadtentwicklungspolitik in Hamburg

Jens Dangschat (Hamburg)

Um die Stadtentwicklungspolitik Hamburgs kritisieren zu können, muß man auf die relative Position des Stadtstaates innerhalb des wirtschaftlichen Süd-Nord-Gefälles in der Bundesrepublik eingehen. Dazu müssen die demographische, die wirtschaftliche und die finanzielle Entwicklung betrachtet werden. Hierfür ist in dieser Kurzfassung jedoch kein Platz (für die Analyse dieser Entwicklungen s. Dangschat & Krüger 1986). Hier soll lediglich erörtert werden, welche Auswirkungen die Politik des "Unternehmen Hamburg" auf soziale und räumliche Differenzierungsprozesse innerhalb der Stadt hat.

In einer Zeit zunehmender sozialräumlicher Differenzierung in Großstädten hat die Hamburger SPD im November 1983 mit der Rede des Ersten Bürgermeisters von Dohnanyi zum "Unternehmen Hamburg" eine neue Stadtentwicklungspolitik eingeleitet. Von Dohnanyi fordert dort "eine Politik, die den Wettbewerb Hamburgs gegenüber anderen Städten ... in der Bundesrepublik und in Europa in allen Bereichen offensiv aufnimmt. ... Hamburgs geschichtlicher Erfolg ist auch die Ursache von Hamburgs heutigen Problemen". Er setzt - neben der Bestandspflege von Industrie, Hafen und Handel - auf moderne Dienstleistungen und Industrien; Verteilungspolitik soll nun durch Akquisitionspolitik - und zwar in internationalem Maßstab - abgelöst werden.

Weil die dazu notwendigen Strategien nicht neu sind, geraten Großstädte jedoch in eine sich verstärkende internationale Konkurrenz. Geschäftsbezirke, Messen, Hotels und "Kultur" werden in breitem Maße ausgebaut. Seit auch die Handelskammer Hamburg (1984) mit einer Veröffentlichung nachzog, wird das "Hoch im Norden" aufwendig propagiert.

Die Möglichkeiten der Steuerung der wirtschaftlichen Entwicklung von Städten durch Stadtverwaltungen werden zunehmend geringer, denn die Bindungskraft und die Standortvorteile der traditionellen Metropolen werden durch weltweite wirtschaftliche Umstrukturierungen infrage gestellt. Über Investitionen bestimmen häufig übergeordnete administrative Einheiten bzw.

internationale und nationale Wirtschaftsverflechtungen. Damit verringern sich die Einflußmöglichkeiten einer Stadtverwaltung auf den lokalen Arbeitsmarkt. Wenn Standortentscheidungen dem sich ansiedelnden Betrieb überlassen werden, verliert räumliche Planung an Bedeutung; wenn darüberhinaus bewußt Instrumente und Entscheidungen räumlicher Planung ausgesetzt werden, dann wird das Demokratieverständnis in der Stadt zugunsten einer einseitig nach - zudem fragwürdigen - Wirtschaftszielen ausgerichteten Standortpolitik geopfert.

Hinter der Standortpolitik des "Unternehmen Hamburg" steht also kein politisches Konzept, denn die Unternehmensleitung ist kaum in der Lage, die ökonomische Krise steuernd zu bewältigen. Die Stadt wird stattdessen mit ihren Investitionen, mit ihren Standorten, mit ihrer Umwelt und mit ihren Bewohnern möglichen Nachfragern zum Angebot gemacht - anstelle der Gestaltung der Modernisierung tritt die Hoffnung, die Modernisierung möge gelingen. Zur Abwehr der ärgsten Arbeitsplatzprobleme und als Zeichen der Zusammengehörigkeit der Unternehmensmitglieder wird Geld für ein von der Stadt aufgestocktes ABM-Programm ausgegeben. Die Stärkung des "Zweiten Arbeitsmarktes" führt jedoch in vielen sozialen Dienstleistungen dazu, daß die Beschäftigten nicht mehr auf Dauer, sondern auf ein oder zwei Jahre begrenzt eingestellt werden.

Wirtschaftliche und soziale Differenzierungen führen zur räumlichen Trennung sozialer Gruppen und zu einer Spezialisierung von Nutzungen. Wenn in Hamburg - bei zunehmender Verschärfung sozialer Probleme, gleichzeitig aber deutlich geringerer Möglichkeit, finanziell ausgleichend zu wirken - eine Stadtpolitik betrieben wird, nach der es weitgehend aufgegeben wird, benachteiligte Stadtgebiete zu fördern und stattdessen die attraktiven Standorte ausgebaut werden, werden diese Differenzierungsprozesse verstärkt.

Da Hamburg über erheblichen privaten Reichtum verfügt, lassen sich ähnliche Differenzierungsprozesse wie in den süddeutschen Großstädten vermuten - auch wenn die wirtschaftliche Entwicklung zuletzt schlechter war. Es ist somit zu befürchten, daß sich Hamburg in vier "Städte" unterteilen wird, die wenig miteinander zu tun haben werden:

- die international wettbewerbsfähige Stadt,
- die Wohn-, Freizeit- und Arbeitsstadt der aufstrebenden Mittelschichten,
- die Stadt der sozialen Randgruppen und

- die Stadt der Mittelschichten in familialen Haushalten (vgl. zur Unterteilung von Großstädten Häußermann & Siebel 1984 und Sternlieb & Hughes 1980).

Auf die letztere, die nach wie vor den größten Anteil ausmacht, soll nicht eingegangen werden. Interessanter sind dagegen die übrigen drei Teilstädte.

Die "internationale Wettbewerbsfähigkeit" wird vor allem durch die westliche Innenstadt mit ihren Passagen und Spezialgeschäften gewährleistet. Sie wird zur Einkaufsstadt der oberen Mittelschichten und zur Touristenattraktion aufgewertet. Die jüngste Entwicklung zeigt, daß sowohl private Investoren als auch die Stadt selbst gezielt hier und in innenstadtnahen Gebieten investieren (Einkaufspassagen, Modernisierung und Erweiterung der Messe, World Trade Center, Hotels, Reeperbahn- und Hafenrand-Umgestaltung).

Auch in der Stadt der aufstrebenden Mittelschichten sind Politik und räumliche Planung Hamburgs an den Veränderungen beteiligt. Durch Planungsmaßnahmen wie Verkehrsberuhigung, Blockentkernungen und Modernisierungen wird der Wohnwert ausgewählter innenstadtnaher Wohngebiete gesteigert. Dieses führt dazu, daß auch privates Kapital - sei es als Investitionen der dort Wohnenden und Gewerbetreibenden, sei es als Spekulationskapital - zunehmend in diese Gebiete gezogen wird, was die Auswirkungen der Planungsmaßnahmen verstärkt. Rund um die Außenalster und vor allem in der westlichen Inneren Stadt entstehen oder dehnen sich aus die Wohngebiete der neuen städtischen Mittelschicht, was zur Verdrängung der dort wohnenden Bevölkerung führt.

Daneben gibt es Teile der Stadt - vorwiegend die Gebiete östlich der Alster, die in den 50er Jahren wiederaufgebaut wurden (Hamm, Horn) - in die kaum nennenswerte neue Investitionen gelangen. Dies hat zur Folge, daß sie schneller heruntergewirtschaftet werden und Filterungsprozesse einsetzen. Die Bausubstanz verschlechtert sich relativ und absolut und es ziehen vor allem zwei Gruppen zu: Deutsche aus den Neubaugebieten der späten 60er und der 70er Jahre und Ausländer, die aus den zunehmend attraktiver werdenden innenstadtnahen Wohngebieten verdrängt werden. Bessergestellte wandern ab. Damit verschlechtert sich in diesen Gebieten die Sozialstruktur, was dazu führt, daß Investitionen in die privatwirtschaftliche Infrastruktur zurückgenommen werden. Doch gerade in diesen Gebieten zu investieren wäre sinnvoll, weil in ihrem gegenwärtigen Stadium der Stadtgebiete der Verfall mit

einem geringen Aufwand gestoppt und befriedigende Wohnungs- und Sozialstrukturen erreicht werden können. Dieses "filtering-down" ist insofern gefährlich, da es sich selbst verstärkt. Am Ende dieses Prozesses weisen solche Gebiete ein - wie Hall (1981: 112) es nennt - "problem of concentrated deprivation" auf, d.h. hier werden solche Personen konzentriert, auf die die Last der Veränderung von Arbeits- und Wohnungsmarkt abgewälzt wird.

Mit der "neuen Unternehmenspolitik" wird also versucht, die Modernisierung der Wirtschaft zu erreichen und damit die wirtschaftliche Position der Stadt insgesamt zu stärken. Die eingeschlagene Strategie wird von der Mehrheit westeuropäischer Großstädte als Lösung einer Fülle von Problemen angesehen. Diese Konkurrenz bewirkt jedoch eine geringere Effizienz bei jedem der Konkurrenten. Hamburg droht mit seiner einseitigen Festlegung der Investition - wie bereits bei ihrem Engagement in der Industrialisierung der Elbregion Ende der 60er/Anfang der 70er Jahre - zu spät zu kommen.

Aus dem einseitigen Engagement lassen sich also sicherlich negative Folgen für den sozialen und räumlichen Zusammenhalt der Stadt aufzeigen. Die Leitung des "Unternehmens Hamburg" muß sich demnach fragen lassen, ob sie mit dieser einseitig nach ökonomischen Zielen ausgerichteten Politik - bei dramatisch eingeschränkten finanziellen Handlungsspielräumen - die Polarisierung zwischen Teilen der Stadt und innerhalb ihrer Bevölkerung verstärken möchte, oder diese Verstärkung als Folge zumindest billigend in Kauf nimmt.

Literatur

- DANGSCHAT, J. & KRÜGER, T., 1986: Hamburg im Süd-Nord-Gefälle. In: J. FRIEDRICHS, H. HAUSSERMANN & W. SIEBEL (Hg.): Süd-Nord-Gefälle in der Bundesrepublik? Opladen: Westdeutscher Verlag: 188-213.
- HALL, P., 1981: Retrospect and Prospect. In: Ders. (ed.): The Inner City in Context. London: Heinemann: 112-131.
- HANDELSKAMMER HAMBURG (Hg.), 1984: Herausforderung für den Norden. Zur Diskussion um das wirtschaftliche Süd-Nord-Gefälle. Hamburg.
- HAUSSERMANN, H. & SIEBEL, W., 1984: Städte in der Krise? Vortrag auf dem 22. Soziologentag in Dortmund.
- STERNLIEB, G. & HUGHES, J.W., 1980: The "Two Cities" Phenomenon. In: Dies. (eds.): America's Housing. Prospects and Problems. New Brunswick, N.J.: 177-184